

Ulrich Menzel

Die Ordnung der Welt im Angesicht der neuen Unregierbarkeit.

Rede auf dem Neujahrsempfang „auftakt 16“ der Wohnungswirtschaft Niedersachsen Bremen im Radisson Blu Hotel, Hannover

Die Welt wird unregierbarer.¹ Dieser seit etlichen Jahren zu konstatierende Trend ist im Laufe des Jahres 2015 besonders manifest geworden. Die unsortierten Stichworte lauten: Krieg in der Ukraine, Griechenlandkrise, Krieg und Staatszerfall im Komplex Irak-Syrien, Scheitern der militärischen Interventionen in Afghanistan, Irak, Libyen, Jemen, Syrien, Vormarsch terroristischer Organisationen wie IS oder Boko Haram, die staatliche Funktionen beanspruchen, neue Völkerwanderung, die erstmals in großem Stil Europa erreicht mit sozialen und politischen Verwerfungen, deren Konsequenzen noch gar nicht absehbar sind, Schleuser und zugehörige „Subunternehmer“ als neues Geschäftsfeld des organisierten Verbrechens, Restauration des sowjetischen Einflußbereichs durch Putin, Rückkehr des Rüstungswettlaufs, Nordkorea an der Schwelle zur Wasserstoffbombe, Krise der EU, Schisma des Islam zwischen Suniten und Schiiten als Hintergrund des eskalierenden Konflikts der regionalen Vormächte Saudi Arabien und Iran am Persischen Golf - und dennoch Talfahrt der Ölpreise. Allenfalls der DFB oder VW sind in der Lage, wenigstens tageweise die Schlagzeilen zu bestimmen.

Ein Problem verdrängt das nächste in der öffentlichen Aufmerksamkeit, ohne daß auch nur eines gelöst ist. Sicher ist, daß alle diese Themen im Jahre 2016 weiter auf der politischen

¹ Der Autor hat im Mai 2015 „Die Ordnung der Welt. Imperium oder Hegemonie in der Hierarchie der Staatenwelt“ (Berlin, Suhrkamp) nach mehr als zehnjähriger Entstehungszeit veröffentlicht. Ein halbes Jahr später lassen sich aus dieser Perspektive die Ursachen und Folgen der neuen Unordnung der Welt analysieren und kommentieren.

Agenda stehen mit der Konsequenz, daß die bestehenden Institutionen überfordert sind. Besonders in Europa, das sich schon jenseits des Nationalstaats wähnte, verstärkt sich der Trend zur nationalen Selbsthilfe statt des Vertrauens in die EU-Institutionen. Deutschland wird in die ungewollte und ungeliebte Rolle des Eurohegemons gedrängt.

Verantwortlich für das düstere Szenario wachsender Unregierbarkeit im Nahen und Mittleren Osten, in Subsahara-Afrika, im Andenbereich Lateinamerikas, tendenziell sogar an der Peripherie der ehemaligen Sowjetunion im Kaukasus, in der Ukraine und in Zentralasien sind langfristige Trends, die keinen linearen, sondern einen exponentiellen Verlauf nehmen, bis sog. Kippunkte erreicht werden. Damit ist gemeint, daß an einem solchen Punkt die ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen, politischen und administrativen Systeme nicht mehr in der Lage sind, die Folgen der Trends zu bewältigen und kollabieren. Die entsprechende Metapher lautet „Hockeyschlägereffekt“. Das Bild liefert ein waagrecht gehaltener Eishockeyschläger, um dessen Stiel das lange Zeit kaum wahrnehmbare lineare Wachstum oszilliert, bis der Trend bei Erreichen der Kelle in ein exponentielles Wachstums umschlägt, um sich an deren Ende auf hohem Niveau bei abgeflachtem Wachstum zu stabilisieren. Doch ist der systemische Kippunkt schon vorher erreicht.

Eine wesentliche Ursache für die neue Unregierbarkeit ist paradoxerweise, daß in großen Teilen der Welt „nachholende Entwicklung“ stattfindet und in den alten Industrieländern „vorausseilende Entwicklung“ unvermindert fortschreitet. Dies bedeutet Wirtschaftswachstum, bessere Ernährung und medizinische Versorgung mit den Konsequenzen von Bevölkerungswachstum bei steigender Lebenserwartung und höherem Pro-Kopf-Einkommen. Der Demographische Übergang, in dessen zweiter Phase die Sterberate rückläufig ist, während die Geburtenrate anhaltend hoch bleibt, hat alle Gesellschaften erreicht. Innerhalb einer Generation hat sich die Weltbevölkerung auf mehr als 7,5 Mrd.

Menschen verdoppelt, ein welthistorisch einmaliger Vorgang und eindrucksvoller Beleg des „Hockeyschläger-Effekts“. Alles zusammen führt zu exponentiellem Verbrauch und Belastung von Böden, Rohstoffen, Energie, Wasser, Luft mit den bekannten Konsequenzen für den Klimawandel. Der Treibhauseffekt ist ein ebenso eindrucksvoller Beleg für den Hockeyschläger-Effekt. Diesem sind die ariden und semiariden Gebiete vom Nahen Osten bis nach Zentralasien, in den USA Kalifornien und die Great Plains besonders unterworfen. Bei letzteren handelt es sich, auch das ist alarmierend, um die Kornkammer der Welt, die auch die weltweite Armentspeisung bedient. Aus Bevölkerungswachstum und Klimawandel resultieren innergesellschaftliche Verteilungskonflikte um knapper werdende Ressourcen wie neue Formen des Kolonialismus, die sich etwa im chinesischen Landgrabbing in Afrika äußern. In diesem komplexen Zusammenhang findet sich **eine** der tieferen Ursachen für den fortschreitenden Staatszerfall und die neue Völkerwanderung. Schätzungsweise 30-40 Prozent der 7,5 Mrd. Menschen auf der Welt leben unter Bedingungen, die für den Durchschnittsdeutschen unvorstellbar sind, mit denen er auch nicht konfrontiert wird, wenn er in der Parallelwelt der Hotelanlagen weltweit Urlaub macht.

Während der Bedarf nach Weltordnung wächst, schwindet zugleich die Fähigkeit, diesen Bedarf zu bedienen. Grundsätzlich gib es vier Modelle, wie mit der wieder zunehmenden Anarchie der Staatenwelt (auch innerhalb einstmals scheinbar festgefügter Staaten) angesichts des nicht vorhandenen Weltstaats, der mit einem globalen Gewaltmonopol ausgestattet ist, umgegangen werden kann. Dem realistischen Denken entspricht das Selbsthilfeprinzip. Jeder Staat versucht so gut er kann, seine Interessen nach außen aus eigener Kraft wahrzunehmen. Dazu benötigt er Macht und wirtschaftliche Ressourcen. Für große Staaten ist dies eher möglich als für kleine, zumal sie die Option des Isolationismus besitzen. Dem idealistischen Denken entspricht die Kooperation der Staaten durch Verträge, Internationale Or-

ganisationen, das Völkerrecht und normengeleitetes Handeln, das auf gemeinsamen Werten beruht. Das Recht soll die Macht ersetzen. Die EU ist dafür das prominenteste und weltweit erfolgreichste Beispiel.

Staaten sind aber nicht nur in einem völkerrechtlichen Sinne gleich und gleichberechtigt, sondern in nahezu jeder Hinsicht ungleich, gleichviel ob man die Bevölkerungszahl, die Fläche und Rohstoffausstattung, den Wohlstand, die Sozialsysteme, die wissenschaftlich-technische Leistungsfähigkeit, die internationale Wettbewerbsfähigkeit oder das Machtpotential zum Vergleich heranzieht. Wenn man demzufolge nicht die Anarchie, sondern die Hierarchie der Staatenwelt als wesentliches Kennzeichen des internationalen Systems ansieht, bieten sich weitere Modelle an, bei denen die großen Mächte anstelle des nicht vorhandenen Weltstaats für internationale Ordnung sorgen. Gemeint sind das hegemoniale und das imperiale Modell. Hegemonie meint Führung, Imperium meint Herrschaft. Der (benevolente) Hegemon stützt sich auf seine überragende Leistungsfähigkeit und die Akzeptanz der Gefolgschaft, weil er für Weltordnung durch die Bereitstellung internationaler öffentlicher Güter sorgt, in deren Genuß die Gefolgschaft nahezu kostenlos gelangt. Die USA haben die Rolle des Hegemons nach 1945 über die westliche und seit 1990 über die gesamte Welt eingenommen. Das Imperium nimmt seine Ordnungsfunktion durch Herrschaft wahr, liefert nur sog. Clubgüter für den Club derjenigen Länder, die zu seinem Herrschaftsbereich gehören, und akquiriert dafür deren Ressourcen. Die Sowjetunion gehörte zwischen 1945 und 1990 zu diesem Typ. Das hegemoniale Modell beruht auf Freiwilligkeit und Attraktivität des Hegemons, der softpower wie z.B. den American Way of Life verströmt, das imperiale Modell auf Zwang, den das Imperium auf die Beherrschten ausübt

Damit konzentriert sich die Frage, wie internationale Ordnung zustande kommt, auf die Fragen, wer, wie und in wessen Inte-

resse internationale öffentliche Güter wie z.B. (militärische) Sicherheit und (wirtschaftliche) Stabilität bereit stellt. Öffentliche Güter sind durch die Kriterien Nichtausschließbarkeit und Nichtrivalität definiert (z.B. der Dienst einer Verkehrsampel). Die Bereitstellung innerhalb der Grenzen erfolgt durch den Staat bzw. die Öffentlichen Dienste, die auch die Regeln ihrer Nutzung bestimmen. Finanziert wird die Bereitstellung durch Steuern. Fehlt die Nichtrivalität, spricht man von Allmendegütern, die als freie Gaben der Natur offeriert werden, etwa ein Fluß, der als Verkehrsader, Antriebsenergie, Kühlsystem, Bewässerungsreservoir oder Kloake genutzt wird. Auch Allmendegüter bedürfen zur nachhaltigen Nutzung der Verregelung. Fehlt die Nichtausschließbarkeit, spricht man von Clubgütern (Beispiel Pay-TV im Unterschied zu Free-TV), für deren Bereitstellung, Verregelung und Unterhalt ein „Club“ zuständig ist. Fehlen beide Kriterien, handelt es sich private Güter. Ein in Ihrem Kreis naheliegendes Beispiel ist eine Mietwohnung. Kann ich die Miete nicht bezahlen, bin ich von deren Nutzung ausgeschlossen. Die Wohnung, die der eine gemietet hat, steht dem anderen Wohnungssuchenden nicht mehr zur Verfügung. Die Verregelung privater Güter erfolgt über den Markt.

Bei internationalen öffentlichen Gütern kommt als drittes Kriterium die Unentgeltlichkeit hinzu (Beispiel GPS). Nur der Hegemon bzw. dessen Steuerzahler, im Fall des Beispiels der USA, kommen für die Bereitstellung auf, alle anderen sind Freerider bzw. Cheaprider, wenn sie Beiträge weit unterhalb ihrer Leistungsfähigkeit leisten. Ihre Reichweite ist unbegrenzt, Jeder kann einen Navi installieren, die Nutzung durch den einen Autofahrer beeinträchtigt nicht die Nutzung durch einen anderen. Internationale Clubgüter haben eine regionale Reichweite (Beispiel militärischer Schutz), da sie nur von denjenigen in Anspruch genommen werden können, die zum „Club“ des Imperiums gehören. Da sie zu den Finanzierungskosten herangezogen wer-

den, sind sie auch keine Freerider. Am schwierigsten gestaltet sich die Verregelung der internationalen Allmendegüter (Hohe See, Luft, grenzüberschreitende Flußsysteme etc.), bei denen immer die „tragedy of the commons“ droht. Dies erklärt, warum Umweltabkommen, etwa zur Eindämmung des Klimawandels, so wenig Erfolg zeigen.

Insofern bedeutete die bipolare Konstellation bis 1990, daß die USA als Hegemon internationale öffentliche Güter bereit gestellt haben. Auch Neutrale wie Österreich, die Schweiz oder Schweden haben als Freerider unter dem Nuklearschirm der USA gestanden. Die Sowjetunion offerierte regionale Clubgüter für die Staaten des Warschauer Paktes und ggf. weitere Länder des sozialistischen Lagers wie Kuba oder Vietnam. Die unipolare Konstellation nach 1990 als Folge der Implosion der Sowjetunion hat dazu geführt, daß die Reichweite der von den USA bereitgestellten öffentlichen Güter global geworden ist. Dazu gehörten u.a. die Garantie eines Welthandels- und Weltfinanzsystems mit dem US-\$ als Weltgeld, die USA als letzter Kreditgeber, die Sicherung der Tankerrouten zum Persischen Golf, die Offerierung eines globalen Kommunikations-, Informations- und Orientierungssystems durch Internet und GPS. Seit den Anschlägen des 11. September 2001 ist die Rolle des Weltpolizisten hinzu gekommen, der mit seinen Drohnen und Geheimdiensten den „War on Terror“ führt.

Mit Antritt der Obama-Administration mehren sich die Hinweise, daß die USA nicht mehr in der Lage bzw. nicht mehr bereit sind, die Rolle des Hegemons und damit auch des Weltpolizisten mit Zuständigkeit für alles und jedes wahrzunehmen. Dies liegt daran, daß auf der Angebotsseite ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch den Verdrängungswettbewerb der neuen Industrieländer in Asien, allen voran China (und demnächst Indien), geschwächt wird. Die Rede ist vom zweiten American Decline. Umgekehrt wächst aufgrund der skizzierten Trends mit ihren bedrohlichen Kipppunkten die Nachfrage nach internatio-

nen öffentlichen Gütern wie z.B. Sicherheit. Daraus resultiert die Forderung der USA nach Lastenteilung, die sich an die alten und neuen Freerider in Westeuropa, Ostasien und am Persischen Golf richtet. Grundsätzlich besteht für ein Land von der Größe der USA die Alternative des Isolationismus. Aus dem „Battleship Amerika“ würde das „Fortress Amerika“, aus „Amerika as No. 1“ im Sinne von USA als Modell für die Welt, würde „Amerika first“.

China, dessen Sozialprodukt trotz der aktuellen börsennotierten Turbulenzen, die dort noch weniger mit der Realwirtschaft zu tun haben als hierzulande, etwa im Jahre 2030/35 das amerikanische übertreffen wird, ist der erste Kandidat für eine Lastenteilung. Da aber China anders als Japan, das sich in den 1980er Jahren des ersten American Decline als politischer und militärischer Juniorpartner bzw. Freerider der USA verstanden hat, eigene Großmachtambitionen zeigt, verweigert es auf allen Feldern eine Lastenteilung, die nicht in unmittelbarem chinesischem Interesse liegt, zumal die USA umgekehrt nicht bereit sind, die Rolle des Hegemons zu teilen. Chinas internationale politische, militärische und wirtschaftliche Aktivitäten beschränken sich auf solche Regionen, in denen es eigene Interessen verfolgt. Dazu gehören Zentralasien („Neue Seidenstraße“), ein asymmetrischer Handel mit Rußland (Fertigwaren gegen Rohstoffe), Subsahara Afrika (Landgrabbing zur Versorgung Chinas mit Nahrungsmitteln und agrarischen Rohstoffen) sowie das Rote Meer und der Persische Golf, um die Ölversorgung aus eigener Kraft zu sichern.

Dazu investiert es in die Rohstoffsektoren geeigneter Länder, betreibt Auswanderung, um deren Binnenwirtschaft zu durchdringen, unterhält gute Beziehungen zu sog. Schurkenstaaten, die unter dem Druck des Westens stehen, wird aktiv in neuen internationalen Organisationen ohne Beteiligung der USA wie den BRICS, der Shanghai Cooperation Organisation oder diverser asiatischer Entwicklungsbanken und forciert eine Rüstung, die

nicht mehr nur der Landesverteidigung dient, sondern die Seerouten in das Becken des Indiks mit seinen Ausläufern sichern soll. Solange die geplante Indienststellung einer Trägerflotte noch seine Zeit braucht, solange ist der Bau von Flugplätzen auf künstlichen Inseln im Südchinesischen Meer eine wohlfeile Zwischenlösung. Die chinesische Redeweise vom „peaceful rise“ hat nur legitimatorischen Charakter. Auch stößt das chinesische Modell, das wirtschaftlichen Erfolg mit einem autoritären politischen System verbindet, auf Attraktivität bei den Regierungen vieler afrikanischer und asiatischer Staaten als Alternative zum american way of life. Insofern verströmt China sogar Softpower.

Theoretisch ausgedrückt ist China zwar bereit, Clubgüter für solche Staaten zu liefern, die zu seinem Einfluß- und Interessensbereich gehören, versteht sich aber global unter Verweis, daß man immer noch Entwicklungsland sei, als Freerider der USA. Ein öffentlich geäußertes Verständnis, daß China eine aktive Rolle bei der Bewältigung der skizzierten Weltprobleme jenseits der Verfolgung eigener Interessen zeigt, ist in nächster Zeit nicht zu erwarten. Für den Europa umgebenden Krisengürtel von der Ukraine über den Kaukasus bis in die Levante bedeutet das nachlassendes Engagement der USA und Passivität von Seiten Chinas.

Ganz anders verhält es sich im Falle Rußlands. Nach Überwindung der Transformationskrise der Jelzin-Ära, spätestens seit Beginn der zweiten Präsidentschaft Putins verfolgt es, gestützt auf seinen Rohstoffreichtum, eine revisionistische Politik zur Ausdehnung Rußlands und zur Rückgewinnung des alten sowjetischen Einflusses. Dazu werden gleichermaßen politische Mittel (Annäherung an den Iran), wirtschaftliche Mittel (Konditionierung bei Gas- und Ölexporten, Trassenverlauf von Pipelines) und militärische Mittel (Krim, Ukraine, Syrien) eingesetzt. Rußlands internationales Engagement darf deshalb nicht im Sinne einer Lastenteilung mit den USA zur Ordnung der Welt

verstanden werden, sondern als Versuch, die Reichweite der amerikanischen Hegemonie zu reduzieren. Insofern hat der russische Revisionismus eine prinzipiell antiwestliche Tendenz. In Syrien wird nicht der IS bekämpft, sondern das Assad-Regime gestützt, um einen Alevitischen Reststaat an der Küste und in Damaskus zu behaupten, der wie der Osten der Ukraine oder der Norden des Kaukasus unter russischer Kontrolle steht und einen russischen Marinestützpunkt im Mittelmeer (wie auf der Krim) garantiert. Die Kaspische Flotte und nicht die Schwarzmeerflotte wurde eingesetzt, weil so der Luftraum über dem Iran und Irak und nicht über dem Nato-Land Türkei als Schießbahn dienen konnte. Deshalb (und nur deshalb) steht Rußland im innerislamischen Großkonflikt auf der schiitischen Seite.

Damit lädt Rußland eine komplexe Gemengelage von Konflikten, die ursprünglich separate Wurzeln hatten, weiter auf, ohne sich um die Folgen für dritte und vierte wie etwa die Flüchtlingsströme nach Europa zu kümmern. Die eine Wurzel ist das alte Schisma innerhalb des Islam zwischen Suniten und Schiiten, das sich heute im Hegemonialkonflikt zwischen Saudi Arabien im Verbund mit den Golfstaaten und dem Iran offenbart, deren beider Machtressource neben der jeweiligen theologischen Dogmatik wie im Falle Rußlands der Energiereichtum ist. In allen arabischen Ländern, die religiös gespalten sind (Irak, Syrien, Jemen, Libanon), unterstützt der Iran die schiitische Seite, um die „schiitische Achse“ vom Iran über den Süden des Iraks, die alevitischen Teile Syriens bis zur Hisbolla im Libanon zu stabilisieren. Die Hamas gehört nicht dazu. Die Ölstaaten der Arabischen Halbinsel intervenieren auf der sunnitischen Seite finanziell, durch Waffenlieferungen und neuerdings, wie im Falle des Jemens, auch direkt militärisch. Die Türkei spielt aufgrund der Vorgeschichte des Osmanischen Reiches als Imperium der Region und speziell wegen der Armenien- und Kurdenfrage eine Sonderrolle nach dem realistischen Motto: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Wenn der IS die Kur-

den bedrängt, ist das im türkischen Interesse, wenn die Kurden den IS zurückdrängen und darüber einen weiteren kurdischen Separatstaat in Syrien errichten, nicht. Israel war besorgt über den Arabischen Frühling und bevorzugt im Zweifelsfalle den status quo autoritärer politischer Systeme an seinen Grenzen.

Die zweite Wurzel ist der bis auf die Kreuzzüge zurückreichende Konflikt zwischen Christentum und Islam. Dessen Grenze verläuft durch das Mittelmeer, den Kaukasus und quer durch Sub-Sahara Afrika. Er manifestiert sich in innerstaatlichen Konflikten wie z.B. in Nigeria, in zwischenstaatlichen Konflikten wie zwischen Armenien und Aserbaidschan und im globalen Terrorismus, der seine Kämpfer mittlerweile auch in den christlichen Ländern einschließlich Rußlands und sogar in China rekrutiert. Lediglich hier eröffnet sich die eine Chance zur Kooperation des Westens mit Rußland und China.

Der Versuch der neokonservativen Bush-Administration, nach 9/11 im Sinne des „Battleship Amerika“ den Terrorismus bzw. dessen Unterstützer (Taliban) mit militärischen Mitteln zu bekämpfen und gleichzeitig den gesamten Nahen und Mittleren Osten in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft zu transformieren, ist grandios gescheitert, obwohl die Cheaprider wie Deutschland oder Japan in Afghanistan und im Irak finanzielle oder sogar militärische Beiträge geleistet haben. Zwar schien der „Arabische Frühling“ der Strategie für kurze Zeit Recht zu geben, doch führte der Sturz der autoritären Regime nicht zu Demokratie und Marktwirtschaft nach westlichem Muster, sondern zu Reislamisierung, Staatszerfall, Rentenorientierung, substaatlich-grenzüberschreitenden Kriegen und massenhafter Flucht, die wiederum die noch halbwegs stabilen Staaten der Region (Türkei, Libanon, Jordanien, Ägypten, Tunesien) unter Druck setzt.

Damit sind wir bei der dritten Wurzel, dem Zerfall vieler postkolonialer Staaten, die vielfach nur auf dem Papier bzw.

in der Hauptstadt bestanden haben und nur die staatliche Symbolik zu inszenieren wußten, ohne öffentliche Güter für ihre Bevölkerung bereit zu stellen. Hier hat der Ost-West-Konflikt stabilisierend gewirkt, weil beide Seiten ihre Klientel mit Waffen, Ausbildern, Entwicklungs- und Finanzhilfe überschüttet haben. Nach 1990 ist die östliche Unterstützung weggefallen und die westliche reduziert bzw. mit politischen Auflagen versehen worden, um die sog. Schurkenstaaten zur guten Regierungsführung im Sinne der Bereitstellung öffentlicher Güter zu bewegen. In dieses Vakuum ist China vorgestoßen und ist Rußland dabei zu folgen. Syrien war nur der erste Schritt.

Die vierte Wurzel ist der aktuelle Transformationsprozeß terroristischer Organisation, der sich fortsetzen wird. Al Kaida war der Prototyp eines weltweit operierenden Netzwerkes, das lediglich Rückzugsräume und Ausbildungslager benötigte. Die neue Generation des Terrorismus (IS, Boko Haram, Al Nusra, Taliban) will regelrechte staatliche Strukturen aufbauen, in denen sie im wahrsten Sinne des Wortes das Gewaltmonopol behauptet. Nicht nur der Westen, die gesamte Welt einschließlich der islamischen, die nicht ihr Islamverständnis praktiziert, soll mit einem rückwärtsgewandten, antizivilisatorischem und die Bedürfnisse muslimischer Machos bedienenden Gesellschaftsmodell konfrontiert werden. Das macht den IS so attraktiv für die Unterprivilegierten und Perspektivlosen weltweit mit islamischen Wurzeln, auch wenn sie gar keine religiöse Orientierung haben. Mit Organisationen wie dem IS schließen sich auf mittlere Sicht Verhandlungen grundsätzlich aus. Da die USA nach den Erfahrungen in Afghanistan und Irak den Einsatz von Bodentruppen scheuen, bleibt nur die elektronische Kriegführung aus der Luft, selbst wenn die Logik der Abschreckung in diesem Fall nicht funktioniert. Selbstmordattentäter lassen sich nicht abschrecken. Am Ende ist die Stützung der autoritären Regime vom Schlage Assads doch das kleinere Übel. So wird auch der Machiavelist Putin kalkulieren. Der Westen gerät in

einen fundamentalen Widerspruch zu seinen Werten und verliert darüber die kulturelle Hegemonie, wie das auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges schon einmal der Fall war.

Was heißt das alles für Europa? Eine Befriedung des Europa umgebenden Krisengürtels ist kurzfristig nicht zu erwarten. Eher werden die bislang noch stabilen Inseln destabilisiert und wird sich die Krisenregion nach Subsahara-Afrika und auf die armen Teile der Arabischen Halbinsel ausweiten. Jemen, Somalia, Eritrea, Südsudan werden zum Fokus einer weiteren Krisenregion mit neuen Fluchtbewegungen. Europa wird, weil die USA zögern, China passiv bleibt und Rußland zündelt, gezwungen sein, in weitaus stärkerem Maße als bisher für die öffentlichen Güter Sicherheit und Stabilität an seiner Peripherie aufzukommen im eigenen Interesse, da die in 2016 kaum rückläufige Wanderung nicht mehr handhabbar ist, sobald der Kipppunkt erreicht wird.

Die Zeiten des europäischen Freeridertums sind definitiv vorbei. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Fluchtbewegungen immer durch Push- **und** Pull-Faktoren bestimmt werden. Push-Faktoren sind die Gründe, warum Menschen ihre Heimat verlassen. Dazu gehören Krieg, Staatszerfall, Verfolgung aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen, Naturkatastrophen, Klimawandel, Ressourcenkonflikte, Armut, Perspektivlosigkeit. Grundsätzlich gibt es in einer schwierigen Situation immer drei Reaktionsmöglichkeiten: Stilles Erdulden, Widerspruch oder Abwanderung. Nachdem zuerst lange erduldet wurde, regte sich in vielen Ländern der Widerspruch wie zuletzt im Arabischen Frühling und wird jetzt die dritte Option, die Abwanderung, wahrgenommen, die im Verlauf des Jahres 2015 den Charakter einer neuen Völkerwanderung angenommen hat.

Pull-Faktoren hingegen sind ausschlaggebend, welche Zielgebiete die Flüchtlinge anstreben. Dazu gehören deren Attraktivität aufgrund von Wohlstand, politischer Stabilität, Sozialleistungen

gen und Beschäftigungsmöglichkeiten, weil dort die öffentlichen Güter gewährleistet sind, von denen keiner ausgeschlossen wird und deren Konsum nicht zu Lasten eines anderen geht. Dazu gehören aber auch Akzeptanz im Sinne von Willkommenskultur und vor allem, ob bereits Familienmitglieder, Verwandte, Clanmitglieder oder Stammesangehörige vor Ort sind. Eine verstärkende Rolle spielen die elektronischen Medien (Fernsehen, Handy, Internet), die ein Bild vorgaukeln, das oft nicht der Realität entspricht. Diese ernüchternde Lehre mußte Angela Merkel mit ihrem Handy-Foto machen, das in Minutenschnelle über die gar nicht so sozialen Netzwerke verbreitet wurde. Entscheidend für die Erwartungshaltung, für Denken und Handeln von Migranten ist nicht das, was wirklich ist, sondern das Bild der Wirklichkeit, das in diesen Medien konstruiert wird und vor allem, wie es von ihnen wahrgenommen wird.

Aufgrund dieser Pullfaktoren ist die Globalisierung in Deutschland angekommen. Sie heißt nicht mehr nur, daß wir billige Textilien kaufen, die in asiatischen Sweatshops gefertigt werden, das ganze Jahr über exotische Früchte essen oder in den immer gleichen Hotelanlagen mit „all inclusive“ weltweit Urlaub machen, sondern daß die Unterprivilegierten und Perspektivlosen, die auch ein kleines Stück vom Glück abhaben wollen, zu uns kommen. Man lebt nur einmal. Und sie heißt, daß wir uns mit den sozialen Verwerfungen, die daraus resultieren, auseinandersetzen haben. Auf den langen, gefährlichen und kostspieligen Marsch begeben sich vor allem die jungen, männlichen, wagemutigen, die das Leben noch vor sich und nicht hinter sich haben. Das erklärt, warum ein so hoher Prozentsatz der Flüchtlinge Männer zwischen 18 und 35 sind, die vorausgeschickt werden, um später die Familie nachzuholen, wobei unter Familie nicht die bundesdeutsche Kleinfamilie zu verstehen ist.

Relevant sind ferner die Randbedingungen in den Erstaufnahme- und Transitländern. Ist es attraktiv, in den Flüchtlingslagern

der Türkei, des Libanons oder Jordaniens für ungewisse Zeit auszuharren, um irgendwann in ein zerstörtes Land zurückzukehren, das auf absehbare Zeit keine Perspektive zu bieten hat? Läßt die Türkei Flüchtlinge weiter ungehindert passieren oder animiert sie geradezu zur Flucht? Sie besitzt hier ein hohes Druckpotential gegenüber der EU, um diese gefügig zu machen. Gibt es Schleusernetzwerke mit angeschlossenen Dienstleistern wie Passfälschern, Schlauchboote- und Schwimmwestenlieferanten, die die neue Völkerwanderung organisieren? Wie hoch ist der Preis? Wie hoch steigt der Preis, wenn die EU sich abschottet und konsequent gegen Schleuser vorgeht?

Auch in 2016 wird die EU nicht als ganze und gleichermaßen betroffen sein. Grob lassen sich vier Ländergruppen unterscheiden: Die Länder Nordwesteuropas mit Deutschland an der Spitze, die aufgrund der genannten Pullfaktoren zu den bevorzugten Zielen zählen; die Transitländer auf dem Balkan; die Erstaufnahmeländer Griechenland, Italien und Spanien; die kaum betroffenen Länder, weil sie fernab liegen wie Irland oder Finnland oder keine Attraktivität als Ziele bieten wie Polen oder die baltischen Staaten. Nicht nur aufgrund der unterschiedlichen Betroffenheit, auch aufgrund der unterschiedlichen Attraktivität macht eine Quotenregelung keinen Sinn, da sie von den Flüchtlingen unterlaufen wird. Sicher ist, daß nach der dämpfenden Winterpause die Völkerwanderung wieder zunimmt, weil alle Push- und Pullfaktoren weiter bestehen. Vielleicht gibt es gar keine dämpfende Winterpause, weil die Schleuser die Angst unter ihrer „Kundschaft“ schüren, daß Europa die Tür zumacht.

Die Strategie, die Ursachen der Migration zu bekämpfen, ist nur im Prinzip richtig und kann nur ganz langfristig Wirkung zeigen. Sie würde voraussetzen, das Entwicklungsgefälle zwischen Ost- und Westeuropa zu schließen, die Ursachen des Staatszerfalls zu beseitigen, das religiöse Schisma zu befrieden, den Klimawandel zu bremsen etc. etc. 50 Jahre Entwick-

lungszusammenarbeit haben das genauso wenig geschafft wie diverse militärische Interventionen, ob humanitär oder sicherheitspolitisch begründet, ob von der UNO mandatiert oder nicht. Kurzfristig erwartbar ist eher, daß die Fluchtursachen sich verstärken, wenn die Ukraine kollabiert, wenn der Konflikt in der Türkei zwischen Armee und PKK weiter aufgeheizt wird, wenn Jordanien oder der Libanon destabilisiert werden, wenn der Konflikt zwischen Saudi Arabien und dem Iran außer Kontrolle gerät, wenn die Taliban in Afghanistan vorrücken, wenn die Krise am Horn von Afrika sich weiter verschärft, wenn es irgendwo auf der Welt als Folge des Klimawandels zu weiteren Naturkatastrophen aus Überschwemmungen oder Dürren kommt, wenn etwas passiert, das im Moment noch niemand auf der Rechnung hat. Klar ist nur, daß wir nicht jedes Jahr eine Million Flüchtlinge aufnehmen können, vom viel anspruchsvollen Ziel der Integration ganz zu schweigen.

Deshalb wird Europa kurzfristig reagieren. Wenn man die Push-Faktoren nicht oder nur sehr langfristig beeinflussen kann, setzt man bei den Pull-Faktoren, d.h. der Attraktivität der Zielländer, an. Eine wirksame gesamteuropäische Strategie ist aufgrund der heterogenen Betroffenheit in der Flüchtlingsfrage wenig wahrscheinlich, zumal das Projekt EU aufgrund des Aufeinandertreffens diverser anderer Krisen (Griechenland, Ukraine, Verhältnis zu Rußland, Finanzen) selbst in die Krise geraten ist. Die Abkommen von Schengen und Dublin sind faktisch außer Kraft. Hier war der Kipppunkt schon in 2015 erreicht. Deutschland, das nur von Schengen-Staaten umgeben ist, hatte gut reden. Paradoxerweise birgt die Krise Europas die Chance zu einem Kompromiß, da alle auf vielen Politikfeldern viel, nicht nur die Freizügigkeit des Schengenraums, zu verlieren haben. Das Szenario eines Neustarts für Europa braucht aber Zeit, die im Moment fehlt. Das idealistische Modell steht aktuell zur Disposition.

Kurzfristig denkbar sind zwei andere Szenarien. Entweder kehrt Europa zum realistischen Selbsthilfeprinzip zurück und jedes Mitgliedsland greift nach ungarischem Muster zu den Maßnahmen, die seiner individuellen Interessenlage und seinen Kapazitäten entsprechen. Selbst die sozialstaatlichen Musterländer in Skandinavien sind bereits auf diese Linie eingeschwenkt. Dies würde die Krise Europas verschärfen. Oder es kommt, das dritte Modell, zu einer hegemonialen Lösung, bei der Deutschland als „Eurohegemon“ voranschreitet. In der benevolenten Variante heißt das, daß Deutschland den größten Teil der Kosten und des Personals für Frontex, den Marineeinsatz im Mittelmeer, den Bau von Erstaufnahmelagern in Griechenland und Italien, der Zahlungen an die Türkei, den Libanon und Jordanien leistet, damit die Menschen dort bleiben. In der Finanz- und Griechenlandkrise wurde bereits so verfahren. Deutschland hat bei einem Auseinanderfallen Europas am meisten zu verlieren. Also wird es auch bereit sein, den höchsten Preis für den Zusammenhalt zu zahlen. Das ist das Modell Merkel.

In der malevolenten Variante versucht Deutschland die Grenzen zu kontrollieren, auch wenn das praktisch im Unterschied zu Schweden, das nur eine Brücke über den Sund zu kontrollieren braucht, schwer vorstellbar ist, reduziert die Attraktivität durch Reduzierung der Sozialleistungen, beschleunigt die Asylverfahren und intensiviert die Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern. Womöglich wird eine restriktive Definition vorgenommen, was unter Artikel 16, Abs. 2 GG „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ eigentlich zu verstehen ist. Was meint „politisch Verfolgte“? Was heißt „Asyl“? Dies setzt die Nachbarn unter Druck, ähnlich zu verfahren mit einer Kaskadenwirkung bis in die Türkei, Libyen, Marokko, Subsahara-Afrika. Auch das ist Ausdruck von Hegemonie. Das ist das Modell Seehofer. Auch so steht Die EU zur Disposition, weil mehr verschwindet als die Freizügigkeit im Schengenraum. Eine Variante des hegemonialen Modells ist, daß sich die Länder Kerneuropas

(die 6 Gründungsstaaten + Österreich) auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen und eine kerneuropäische Lastenteilung vornehmen.

Welches der Szenarien verfolgt wird, hängt nicht zuletzt von den Wahlen des Jahres 2016 ab. Der Stern Merkels verblaßt. Die SPD-Innenminister mutieren gerade nach der Kölner Sylvesternacht auf der Domplatte zu klammheimlichen Seehofer-Verstehern. Später wird man diese denkwürdige Sylvesternacht **auch** als einen Kipppunkt erkennen, an dem die öffentliche Meinung in Deutschland sich gedreht hat. Das Thema Migration wird überall, vor allem in den besonders betroffenen Ländern, in Deutschland wie in Europa, zum eigentlichen Wahlkampfthema mit der Frontlinie Willkommenskultur/notwendige Zuwanderung aus demographischen Gründen vs. Ängste/Fremdenfeindlichkeit. Mit jedem Prozent mehr jenseits der 10 Prozent-Marke für die AfD steigt auch der innenpolitische Druck. Überall wo sie in die Landtage einzieht wird es zu großen Koalitionen kommen, weil rechnerisch weder schwarz-gelb noch rot-grün mehrheitsfähig ist. Insofern könnte die CDU in Baden-Württemberg, obwohl sie Stimmen an die AfD verliert, paradoxerweise Nutznießer sein, weil dort rot-grün die Mehrheit verliert und sie in einer schwarz-roten Koalition wieder den Ministerpräsidenten stellt.

Alle genannten Maßnahmen werden nicht verhindern, daß die Zahl der Illegalen jenseits der registrierten Flüchtlinge in den wohlhabenden EU-Ländern drastisch ansteigen wird. In Frankreich werden sie „sans papiers“ genannt. Sie werden in den sozialen Brennpunkten an der Peripherie der Großstädte untertauchen, wo bereits überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund leben, und für jeden noch so mickrigen Tagelohn arbeiten, ohne in die Sozialsysteme eingebunden zu sein und ohne Teilhabe an den öffentlichen Gütern. Auch innerhalb der Staaten oder Bundesländer sind Pull-Faktoren am Werk, die auf administrative Weise durch interne Verteilungsschlüssel kaum außer Kraft zu setzen sind. Welcher Flüchtling will schon

in die Altmark von Sachsen-Anhalt, wenn die Lichter der Großstadt winken? Hier ist der Punkt, an dem die Wohnungswirtschaft Niedersachsen Bremen gefragt ist. Die Vorstädte mit ihren verwahrlosten Wohnsilos bilden in Frankreich das Milieu, in dem islamistische Agitatoren den terroristischen Nachwuchs rekrutieren. Der IS schickt keine Terrorkommandos nach Europa. Terroristische Zellen bilden sich in den Vorstädten und setzen sich aus Familienmitgliedern oder Freundeskreisen zusammen. So eine Entwicklung gilt es in Deutschland unbedingt zu vermeiden. In den USA soll es geschätzte 5 Millionen Illegale geben. Diese Zahl könnte in Europa in wenigen Jahren erreicht werden. Europa wird sich, um das zu vermeiden, als Einwanderungsregion verstehen müssen. Entweder wird jedes einzelne Land (wahrscheinlicher) ein Einwanderungsgesetz verabschieden, in dem jährliche Zahl, Herkunft, Qualifikation und Sprachkenntnisse der Migranten festgelegt werden auf der Suche nach den „gut ausgebildeten syrischen Ärzten“. Oder es kommt (weniger wahrscheinlich) zu einem gesamteuropäischen Einwanderungsgesetz.

Neben der Frage des Umgangs mit der neuen Völkerwanderung werden **alle** anderen Probleme, auch wenn sie ungelöst sind, in den Hintergrund treten mit einer Ausnahme. Falls Rußland seine Politik zur Restauration des sowjetischen Einflußbereichs fortsetzt, indem es die Kooperation mit dem Iran sucht, weiter in der Ukraine, in Weißrußland, im Kaukasus und womöglich im Baltikum interveniert - überall da, wo es beträchtliche und z.T. benachteiligte russische Minderheiten gibt - dann wird das eine neue Runde des Rüstungswettlaufs in allen NATO-Staaten einläuten. Lastenteilung heißt dann nicht nur umfassende Zuständigkeit für die europäische Peripherie, sondern auch militärisch. Deutschland wird in Europa auch in dieser Richtung voranschreiten.

Ich komme zum Schluß: Mit welchem Ereignis wird 2015 aus deutscher Perspektive immer verknüpft sein? Nicht mit einem einzelnen, sondern mit einer Konstellation von Ereignissen, die

auf das Ende des Modells Deutschland hinweist. Ich nenne nur die wichtigsten Stichworte: Flüchtlinge, Pegida, VW-Skandal, Deutsche Bank-Skandale, EON- und RWE-Verluste, Lufthansa-, Bundesbahn- und Kita-Streiks, Bundesbahn-Verspätungen, Krise der EU, Hooligans, DFB-Skandal, Schatten über der kaiserlichen Lichtgestalt. Ihnen gemeinsam ist, daß das Modell Deutschland beschädigt ist. Ich meine den sog. Rheinischen Kapitalismus, bei dem Staat, Unternehmen und Gewerkschaften in korporatistischer Manier letztlich an einem Strang ziehen, als die bessere Alternative zum angelsächsischen Neoliberalismus, wo der Markt entscheidet, der mit der Finanzkrise auch in Deutschland Verwüstungen hinterlassen hat. VW war das Modell für das Modell Deutschland. Die Vorstellung, daß hierzulande alles gut und gut organisiert ist, daß es keine Korruption gibt, daß technische Spitzenleistungen, das sprichwörtliche Made in Germany, alle Probleme lösen können, daß die Dämpfung des Klimawandels ohne Betrug möglich ist, daß die „old economy“ sich noch lohnt, daß jeder sein sozialstaatlich abgesichertes Auskommen findet, daß die Rente genau so sicher ist wie die Einlagen auf dem Sparbuch und dennoch die schwarze Null vor dem Komma steht, daß Angela Merkel die mächtigste Frau der Welt ist, daß im Fußball die Wahrheit auf dem Platz liegt, daß Deutschland weltoffen und europäischer Musterschüler ist - alles ist 2015 ins Wanken geraten. Am letzten Tag des Jahres sogar das Bewußtsein, daß in Deutschland - anders als in den No Go-Areas amerikanischer Großstädte - das staatliche Gewaltmonopol durchgesetzt und der öffentliche Raum sicher ist.

Der parteiübergreifende Ruf nach dem starken Staat, selbst bei Grünen und Linkspartei, ist das politische Leitmotiv des neuen Jahres. Es wird neue soziale Verwerfungen und alte Verteilungskämpfe geben zwischen Aufrüstung der Bundeswehr und Aufstockung der Polizei, dem Modernisierungsbedarf einer in die Jahre gekommenen Infrastruktur gerade bei der Bahn, den Mitteln zur Bekämpfung der Fluchtursachen vor Ort und den Mitteln

zur Linderung der Fluchtfolgen daheim, für den sozialen Wohnungsbau und die Integrationskurse, den Mitteln für den Zusammenhalt der bröckelnden EU und nicht nur Griechenlands, den Mitteln zur Dämpfung des Klimawandels - und den lieb gewonnenen Erwartungen, dass es jedes Jahr höhere Löhne und Renten, mehr öffentliche Leistungen für alles und jedes gibt. Von konsolidierten Haushalten wird keine Rede mehr sein, dafür aber von Steuererhöhungen. Modell Deutschland hieß bis dato: Brot mit Aufstrich für alle und saubere Spiele, bei denen nur Begabung, Training, Einsatz und mannschaftliche Geschlossenheit zählen. Das Brot wird zwar nicht knapper, aber der Aufstrich vielleicht etwas magerer, die Spiele haben sich erwiesen als das, was sie wirklich sind - als eine Illusion.